

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/137

20. Juli 1972

Käte Strobbe - Ministerin mit Herz

Zum 65. Geburtstag der verdienten Sozial-
demokratin

Von Willy Brandt
SPD-Vorsitzender und Bundeskanzler

Seite 1 und 2 / 66 Zeilen

Dreimal "Ja" zur Regierungs-Bildungspolitik

Fortschreibende Analyse des "Numerus clausus"-
Urteils

Von Joachim Raffert MdB
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes-
ministerium für Bildung und Wissenschaft

Seite 3 und 3a / 94 Zeilen

Appell für und an die Frauen

Regierungs-Frauenbericht erfüllt Brandts
Versprechen

Von Annemarie Renger MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums, Parlamentarische
Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion
und Vorsitzende des Bundesfrauenausschusses
der SPD

Seite 4 und 5 / 84 Zeilen

CDU-Reformeifer bleibt in der CDU hängen

Zur Oppositions-Anfrage über Raumordnung und
Regionalpolitik

Seite 6 und 6a / 86 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes:

Vor dem Vertrag mit Prag

Seite 7 bis 10 / 184 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 38
Telefax: 886 846 / 886 847
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Käte Strobel - Ministerin mit Herz

Zum 65. Geburtstag der verdienten Sozialdemokratin

Von Willy Brandt

SPD-Vorsitzender und Bundeskanzler

Am 23. Juli begeht Käte Strobel, Minister für Jugend, Familie und Gesundheit, ihren 65. Geburtstag. Wer sie, ihre Vitalität und ihr Temperament kennt, wird über dieses Jubiläum erstaunt sein und sich zugleich wünschen, daß uns ihre Schaffenskraft und ihr leidenschaftliches Wirken für eine humane und sozial gerechte Gesellschaftsordnung auf viele Jahre erhalten bleiben werden. Ich spreche stellvertretend für die Mitglieder der SPD und viele andere in unserem Lande herzliche Glückwünsche zum Geburtstag aus und verbinde dies mit meinem Dank für die vielfältige und fruchtbare Arbeit, die Frau Strobel für unser Land und in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geleistet hat.

Käte Strobel entstammt einer kinderreichen Familie. Ihr Vater war Schuhmacher und gewerkschaftlicher Vertrauensmann. Durch unmittelbares Erleben in ihrer Kindheit wurde sie mit den materiellen und sozialen Problemen der Arbeiterschaft konfrontiert. Die von Not und Leid geprägte Zeit vor und nach dem Ersten Weltkrieg hat sie nachdrücklich dazu bestimmt, sich aktiv um die Sorgen ihrer Mitmenschen zu kümmern.

Für sie wurde es zur Selbstverständlichkeit, sich für sozial gerechtere Lebensbedingungen, für die Beseitigung der bedrückenden Lebensverhältnisse und Abhängigkeiten der arbeitenden Menschen einzusetzen. Das fand seinen ersten Ausdruck in der aktiven Mitgliedschaft in der sozialistischen Jugendbewegung und als Helferin in den Kindergruppen der damaligen Erziehungsorganisation "Kinderfreunde".

Die Herrschaft der Nationalsozialisten hat auch Käte Strobel nachhaltig betroffen. Sie wurde an ihrem ehrenamtlichen Dienst an den Mitmenschen gehindert; ihr Mann wurde im Konzentrationslager Dachau eingesperrt.

Aber Käte Strobel ließ sich nicht entmutigen. Obwohl sie zwei Töchter zu versorgen hatte und deshalb manche Hürde zu nehmen war,

hat sie unmittelbar nach Ende des letzten Krieges ihre Kraft wieder in den Dienst der SPD gestellt und schon bald politische Ämter bekleidet. Seit 1949 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestages - eine Politikerin der ersten Stunde. Ihre Aktivität hat sie im Parlament immer wieder auf die Lösung sozialer Probleme konzentriert. In den 60er Jahren trat dann die Mitwirkung an den europäischen Einigungsbestrebungen in den Vordergrund. Das Europa-Parlament machte Käte Strobel zur Vizepräsidentin, die Sozialistische Fraktion dieses Parlaments wählte sie zu ihrer Vorsitzenden.

Ihre Kenntnisse und ihre vielfältigen Erfahrungen, die sie im Verlauf ihres ungewöhnlichen Lebens sammelte, haben sich für die Arbeit in der sozialdemokratischen Partei, in deren Vorstand sie seit vielen Jahren wirkt, immer wieder als außerordentlich fruchtbar erwiesen. Das Gespür für den politischen Inhalt einer Sachentscheidung, die Abgewogenheit ihres Urteils und ihre Ausdauer bei der Verfolgung politischer Ziele haben ihr Respekt verschafft und dazu beigetragen, manches Vorurteil über die Rolle der Frau in der Politik zu überwinden.

Die Umsicht und Tatkraft, mit der Käte Strobel ihre Aufgabe als Minister für Jugend, Familie und Gesundheit wahrnimmt, haben ein gutes Stück unserer Reformpolitik Wirklichkeit werden lassen. Mit ihrem Namen verbunden ist die Verwirklichung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes, die Vorlage der Lebensmittelrechtsreform, die Entstehung eines Instituts für Sozialmedizin, die Arbeit am Familienlastenausgleich und die Vorbereitung eines neuen Jugendhilferechts. Sie konnte für die Menschen in unserem Lande auf diese Weise mehr tun, als sie es in ihrer Jugend vielleicht einmal erträumte. Ich bin dankbar, eine so erfolgreiche und zugleich so bescheiden gebliebene Frau in meinem Kabinett zu haben.

Für ihr weiteres Wirken, das im besonderen Maße auch der Stadt Nürnberg zugute kommen wird, und für ihr persönliches Wohlergehen gelten ihr unsere allerbesten Wünsche.

(-/ee/20.7.1972/bgy)

+ + +

Dreimal "Ja" zur Regierungs-Bildungspolitik

Fortschreibende Analyse des "Numerus clausus"-Urteils

Von Joachim Raffert MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für
Bildung und Wissenschaft

Dreimal ist die bildungspolitische Konzeption der Bundesregierung in diesen Tagen bestätigt worden: Mit der Verabschiedung der Vorschläge für vordringliche Maßnahmen in fünf Schwerpunktbereichen, mit der Annahme des Zweiten Rahmenplanes nach dem Hochschulbauförderungsgesetz und jetzt mit dem Numerus clausus-Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Mehr Einheitlichkeit im ganzen Bundesgebiet beim Zugang zu unseren Hochschulen, konsequenter Fortführung des Neu- und Ausbaus von Hochschulen und entschlossenes Handeln in den wichtigsten Bereichen unseres Bildungssystems sind Forderungen, die diese Bundesregierung seit ihrem Bestehen erhoben hat. In allen drei Bereichen sind wir jetzt vorangekommen.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat bestätigt, was die Bundesregierung bereits im ersten Referentenentwurf für ein Hochschulrahmengesetz vor mehr als zwei Jahren vorgeschlagen hat: ein bundeseinheitliches Verfahren und eine bundesweit verbesserte Information für Studienbewerber einzurichten. Damals wollten die Länder nicht zustimmen. Jetzt öffnet sich der Weg wieder, den der Staat wie die Hochschulen nun gemeinsam gehen müssen. Hierbei ist zu erwähnen, daß mit dem Hochschulstatistikgesetz auf Initiative der Bundesregierung eine der notwendigen Voraussetzungen für eine bessere Kapazitätsberechnung an den Hochschulen bereits geschaffen worden ist. Die Verpflichtung für Staat und Hochschulen, vorhandene Ausbildungsmöglichkeiten so effektiv wie nötig zu nutzen, Zulassungsbeschränkungen womöglich zu vermeiden oder doch zu verringern, hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil so deutlich ausgesprochen, daß alle Beteiligten nun handeln müssen. Wie schwer bundeseinheitliche Kriterien zur Leistungsbeurteilung zu finden sein werden, weiß jeder, der über dieses Problem auch nur einmal nachgedacht hat. Schwierigkeiten dürfen aber nicht als Ausreden genommen werden.

Unter den "Vorschlägen für die Durchführung vordringlicher Maßnahmen", die die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung beschlossen und die Konferenz der Regierungschefs angenommen hat, bildet der Hochschulkomplex nur einen unter fünf Prioritätsbereichen. Die Verbesserungen im Elementarbereich, also bei den Kindergärten und Vorschulen, die Entschließung zur beruflichen Bildung, die Absichtserklärung zur Orientierungsstufe, also das Einvernehmen über eine künftig sechsjährige gemeinsame Schulzeit für alle Schülerinnen und Schüler in einem System, sowie die Aussagen zur Befriedigung des Lehrerberarfs sind mindestens

gleichbedeutend. Diese Beschlüsse, von den Vertretern des Bundes und aller Länder einstimmig gebilligt, machen klar, wie falsch die bildungspolitische Diskussion läuft, wenn sie in der Öffentlichkeit nur auf die Hochschulen beschränkt wird. Sie unterstreichen auch, wie richtig die Bundesregierung handelte, als sie in ihrem Bildungsbericht 1970 ein umfassendes Konzept des Bildungswesens beschrieb. Sie zeigen schließlich, daß sich diese Regierung gegenüber den Schülerinnen und Schülern und den in der beruflichen Ausbildung Stehenden ebenso verantwortlich fühlt wie gegenüber den Studenten.

Der Beschluß zur Erweiterung der Kapazitäten im Hochschulbereich, im wesentlichen also die Einführung von Regelstudienzeiten und des Studienjahres an Stelle der bisherigen Semester-einteilung, wirkte trotzdem spektakulärer. Die hier beteiligten Gruppen artikulieren sich deutlicher und schneller als die Betroffenen in den anderen Bereichen. Erstaunlich bleibt, daß die Opposition durch ihre Kultusminister diesem wichtigen Schritt zur Hochschulreform zugestimmt, durch ihre Bundestagsfraktion aber Zweifel gegenüber Maßnahmen wie der Umstellung auf das Studienjahr geäußert hat. Das Spiel auf mehreren Klavieren, das die CDU/CSU besonders in der Bildungspolitik gerne betreibt, führt auch hier zu Dissonanzen in den eigenen Reihen.

Die Bundesregierung hat durch die verbindliche Zusage ihres Anteils an der Finanzierung des Zweiten Rahmenplans nach dem Hochschulbauförderungsgesetz gezeigt, daß sie nach wie vor auch dort, wo es um die öffentlichen Haushalte geht, entscheidungsfähig ist. Mit ihrem Eintreten für eine stärkere Ausnutzung der Kapazitäten der Hochschulen hat sie aber auch nachdrücklich daran erinnert, daß nur eine rationelle Verwendung der Mittel für den Ausbau der Hochschulen ihre Mühe rechtfertigen kann.

Das Numerus clausus-Urteil wird im Planungsausschuß von Bund und Ländern dem Bund Veranlassung geben, noch schneller als bisher auf konkrete Kriterien für den regionalen Ausbau der Hochschulen zu drängen und diese für die Planung nach 1973 auch anzuwenden.

Staat und Hochschule sind nun aufgerufen, die Studienreform - nicht nur organisatorisch, sondern auch inhaltlich - so zügig voranzubringen, daß die Beschlüsse der Bund-Länder-Kommission nicht nur beschriebenes Papier bleiben. Sie lassen sich nun einmal erst durchführen, wenn auch die inhaltlichen Reformen der Studiengänge möglich sind. Sonst würden sie sich in der Tat nur als Äußerlichkeiten darstellen und mehr Gefahren als Chancen mit sich bringen.

(-/ee/20.7.1972/bgy)

+ + +

Appell für und an die Frauen

Regierungs-Frauenbericht erfüllt Brandts Versprechen

Von Annemarie Renger MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums, Parlamentarische Geschäftsführerin
der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzende
des Bundesfrauenausschusses der SPD

Nicht jeder Politiker, der sich einer speziellen Aufgabe angenommen hat, ist in der glücklichen Lage wie diejenigen, die "Frauenpolitik" zu ihrem besonderen Anliegen gemacht haben. Der soeben vom Kabinett verabschiedete "Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frau" dokumentiert aufs deutlichste die Erfolge und Leistungen, die die unter Bundeskanzler Willy Brandt geführte sozialliberale Koalitionsregierung bei der Einlösung ihres Regierungsprogramms zu verzeichnen hat.

Festzuhalten bleibt, daß wir es hierbei nicht mit einer breitangelegten Dokumentation von Forschungsberichten oder Projekten zu tun haben, sondern daß zum ersten Mal eine Bundesregierung einen respektablen Tätigkeitsbericht in Sachen "Frauen" vorgelegt hat, mithin einen Beleg also, der das Engagement dieser Regierung und der sie tragenden Koalitionsfraktionen für die in weiten Teilen noch benachteiligte weibliche Bevölkerung erkennen läßt. Damit ist die Zusage des Bundeskanzlers, "den Frauen noch mehr als bisher zu helfen, ihre gleichberechtigte Rolle in Familie, Beruf, Politik und Gesellschaft zu füllen", eingelöst worden.

Zeitlich knüpft dieser Tätigkeitsbericht der Bundesregierung in etwa an die Frauenenquete von 1966 an, während er sich inhaltlich völlig hiervon unterscheidet. Stellt die Enquete von 1966 noch eine stark kritisierte, ideologiebehaftete Situationsschilderung dar, so wird in der nunmehr vorliegenden Regierungsdokumentation ein breitgefächertes Maßnahmenkatalog präsentiert, der die Situation der Frau in Familie, Beruf und Gesellschaft nachhaltig verbessert hat. Denn ein erheblicher Teil davon ist bereits realisiert worden oder steht kurz vor der parlamentarischen Verabschiedung - wie beispielsweise das für Frauen so bedeutsame Rentenreformpaket -, darüber hinaus sind aber auch eingeleitete und projektierte Vorhaben zur Verbesserung der Situation der Frau in den Regierungsbericht aufgenommen worden.

Wie engagiert sich die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen der Probleme von Frauen annehmen, wird allein dadurch unterstrichen, daß zwei - an verschiedenen Stellen des Berichts aufgeführte - "geplante Vorhaben" sich dank einer Initiative der sozialdemokratischen Parlamentarierinnen

bereits in einem Gesetzentwurf zur Verbesserung von Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung niedergeschlagen haben. Damit ist die Lösung des Problems, das sich berufstätigen Eltern bei Erkrankung eines Kindes stellt, ebenso in greifbare Nähe gerückt wie jene unter gesundheitlichen Gesichtspunkten überaus bedenkliche Praxis von Müttern, auf Kurbehandlungen deshalb zu verzichten, weil Kinder und Haushalt während dieser Zeit nicht weitergeführt werden.

Weil die berechtigten Belange der Frauen erfreulicherweise so stark in Fluß sind, möchte ich - und gerade weil der Bericht der Bundesregierung ein starkes Lob verdient - wünschen und anregen, jährlich einen weiteren Tätigkeitsbericht folgen zu lassen, um damit die Weiterführung der Leistungen für Frauen verfolgen zu können.

Es würde zur Klarheit beitragen, wenn in einem solchen Bericht eine der zentralen Schwierigkeiten von Frauen etwas ausführlicher behandelt würde: die Entlohnung. Da sich die Schwierigkeiten von der Verwirklichung des Grundsatzes "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" zu der sehr viel schwieriger lösbaren Frage "Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" verlagert haben, wäre eine breite Öffentlichkeit hier sicherlich an mehr Hintergrundinformationen gelegen. Zu wünschen wäre auch, daß die Kommission, die sich aus Vertretern der Tarifpartner und der Bundesregierung zusammensetzt, so bald wie möglich ihre Arbeitsergebnisse veröffentlicht. Die Regierung würde auch den Interessen eines großen Teils der weiblichen Bevölkerung entsprechen, wenn sie sich im deutschen Steuerrecht der speziellen Probleme einzelner Frauengruppen annähme und über die hierzu veranlaßten Maßnahmen in ihrem nächsten "Tätigkeitsbericht Frauen" berichten würde.

Zusammenfassend sollte Anerkennung und Dank all jenen ausgesprochen werden, die - in welcher Position auch immer - die Abfassung eines so umfassenden Leistungskatalogs überhaupt erst ermöglicht haben: nämlich durch die Umsetzung von anstehenden Frauenproblemen in Gesetzesentwürfe. Unüberschbar sind dabei die von Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung gesetzten Akzente; die Zeiten polemischer Erörterungen von Frauenproblemen, denen keine Taten folgten, sind damit endgültig vorbei.

Wenn die Bundesregierung in der Einleitung des nunmehr verabschiedeten Frauenberichts die Erwartung ausspricht, daß dieser Bericht zur weiteren Diskussion anregen und helfen möge, "daß die Forderungen der Frauen mehr als bisher in den politischen Entscheidungsprozeß einbezogen werden", dann werden damit deutlich die CDU/CSU-Opposition und ihre früheren Regierungen kritisiert. Die Aufforderung, Frauen politisch aktiv mitwirken zu lassen, richtet sich aber auch an die ganze Öffentlichkeit.

(-/20.7.1972/ja/bgy)

+ + +

CDU-Reformer bleibt in der CDU hängen

Zur Oppositions-Anfrage über Raumordnung und Regionalpolitik

Die Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag hat eine Große Anfrage zum Thema Regionale Strukturpolitik und Raumordnung eingebracht. Es ist bemerkenswert, daß die CDU/CSU dieses für die Zukunft in unserem Land so entscheidende gesellschafts- und wirtschaftspolitische Thema erst zu einem Zeitpunkt zum Gegenstand einer parlamentarischen Initiative macht, zu dem sie ziemlich sicher sein kann, eine Bundestagsdebatte über diesen bedeutsamen Vorgang nicht mehr führen zu müssen. Denn in einer solchen Debatte würde deutlich werden, daß der in progressive Fragen gekleidete reformerische Schwung dieser Großen Anfrage sich an mächtigen Interessen der Gruppen der Oppositionsfraktion brechen würde.

Besondere Aufmerksamkeit hat die Frage 4 dieser Großen Anfrage erregt, die wie folgt lautet: "Ist sich die Bundesregierung der Notwendigkeit bewußt, zur Vermeidung der negativen Folgen unkontrollierten Wachstums in Ballungsräumen das regionalpolitische Instrumentarium zu ergänzen, z.B. durch Zurechnung der sozialen und wirtschaftlichen Folgekosten für Investitionen in Räumen jenseits des Optimums der Verdichtung?" Man kann darauf nur antworten: Aber ja doch!

Es ist ganz selbstverständlich, daß bei der Errichtung und daß bei der Erweiterung von Unternehmen in Ballungszentren nicht etwa die betriebswirtschaftliche Produktivität von Arbeit und Kapital, sondern die volkswirtschaftliche Produktivität ausschlaggebend sein muß. Und als ein Mittel, das jedem Unternehmen die von ihm verursachten volkswirtschaftlichen Kosten betriebswirtschaftlich kalkulierbar macht, sind die Steuern und Gebühren unverzichtbares Instrumentarium, die die jeweilige Großstadt von den Unternehmen verlangt, eben um die Kosten, die das Unternehmen den Kommunen verursacht, decken zu können. Wenn die Anfrage der CDU/CSU bewirken soll, daß in den Stadtparlamenten die dort übliche Opposition der CDU oder der CSU die jeweiligen kommunalen Verwaltungen in ihrem Bestreben stützt, Abgaben anzuhäufen und realistisch zu kalkulieren, dann ist die Anfrage der Opposition ein bedeutender Fortschritt. Die Opposition sollte hier nicht die Bundesregierung nach einer ökonomischen und verteilungspolitischen Selbstverständlichkeit fragen, sondern in ihren eigenen Stadtparlamenten diese Selbstverständlichkeit beherzigen. Dort ist die Probe aufs Exempel zu machen.

Daß man von der CDU/CSU-Fraktion die Vokabel vom kontrollierten Wachstum vernehmen würde - der Ton liegt hier auf dem "von

der CDU/CSU-Fraktion insgesamt" und nicht etwa nur von einzelnen modernen Konservativen der CDU/CSU! - das hätte man sich zu Zeiten vor dem nun beginnenden Bundestagswahlkampf kaum denken können. Und jedem Sozialdemokraten ist noch in Erinnerung, mit welcher unlauteren Antworten Willy Brandt im Jahre 1965 abg gespeist wurde, als er den "blauen Himmel der Ruhr" beschwor. Wer solche Beeinträchtigung der Lebensqualität vermeiden will, muß in der Tat nach der Qualität von Investitionen fragen. Konkret ist hier die Opposition zu fragen, ob sie bereit ist, beispielsweise der petrochemischen Industrie zwingende Auflagen zu erteilen zur Vermeidung der Umweltschädlichkeit bestimmter Produktionsanlagen und bestimmter Produkte. Hier hilft kein Herausreden, hier geht es darum, die unternehmerische Kalkulation Schritt für Schritt an diese Kostenbestandteile zu gewöhnen.

Die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", mit deren Instrumenten es der SPD/FDP-Regierung gelungen ist, die Entstehung von 300.000 neuen Arbeitsplätzen in Gebieten anzuregen, die 20 Jahre lang unter dem Übel der Arbeitslosigkeit gelitten hatten, weil sie von der CDU-Wirtschaftspolitik des Bundes sträflich vernachlässigt worden waren, wird nun von der CDU/CSU-Opposition in ihrer Großen Anfrage durchaus nicht grundsätzlich kritisiert. Dies ist ein Erkenntnisprozeß, der für die Politik des Bundes wichtig ist.

Zu fragen hinwiederum bleibt, ob der Vorsitzende der Oppositionsfraktion, Dr. Rainer Barzel, und sein Stellvertreter, Dr. h.c. Franz Josef Strauß, willens und in der Lage sind, den CDU-Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Filbinger, und den zuständigen CDU-Staatsminister des Landes Bayern, Jaumann, zu einem tätigen Bekenntnis zur Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" zu bringen. Beide Unionspolitiker sind nämlich auf striktem Oppositionskurs gegen die Gemeinschaftsaufgabe.

Zu der Art Regionalpolitik, die die Bundesregierung begonnen hat und zu der Art von Regionalpolitik, die die Opposition in ihrer Großen Anfrage nun von der Bundesregierung scheinbar übernimmt, gehört zwingend ein erhebliches Mitspracherecht des Bundes, wenn das Ziel einer größeren Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet erreicht werden soll. Dieses schwierige Ziel ist mit der Zerschlagung der Gemeinschaftsaufgabe, die gewichtige Landespolitiker der CDU/CSU fordern, überhaupt nicht zu erreichen.

Merke: Reformeifer der CDU und der CSU verdient nur das Prädikat Reformpolitik, wenn er täglich bei allen Handlungen in Bund, Ländern und Gemeinden Fete steht. Mit der Verbalerotik einer Großen Anfrage in der Sommerpause überwindet man nicht die konservative Politik in den eigenen Reihen.

(dmn/20.7.1972/sab/ml/bgy)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Vor dem Vertrag mit Prag (I)

Das SPD-Präsidiumsmitglied Heinz Kühn, SPD-Landesvorsitzender und Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, hat im Auftrage der SPD-Führung bei dem "Internationalen Freundschaftstreffen" der Seliger-Gemeinde/Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten am 16. Juli 1972 in Ulm eine Rede gehalten, die wir ihrer grundsätzlichen Bedeutung halber im Wortlaut veröffentlichten.

Wenn ich hier vor der Seliger-Gemeinde sudetendeutscher Sozialdemokraten und ihrem Internationalen Freundschaftstreffen spreche, so ruft dies Erinnerungen mannigfacher Art in mir wach. Ich denke an meinen Vater, der aus dem schlesisch-sudetendeutschen Grenzgebiet - aus Potschendorf/Trautenau-Schatzlar - als wandernder Handwerksbursche an den Rhein gekommen war. Ich selbst bin in Köln auf die rheinischste Art, auf die ein Rheinländer geboren sein kann, - am Rosenmontag im Kölner Karneval zur Welt gekommen. Ich denke an die Ferien, die ich als Gymnasiast in der ärmlichen Kate meiner Großeltern verbrachte, der alte Webstuhl noch in der niedrigen Stube, wie in Käthe Kollwitz' Holzschnittzyklus aus dem Weberaufstand.

Ich denke an die Jahre nach Hitlers Machtantritt, als wir die Hilfe und Solidarität der sudetendeutschen Sozialdemokraten erlebten wie nach dem Februaraufstand 1934 unsere österreichischen Genossen.

Ich denke daran, wie ich im Prager Parlament zum ersten Mal Wenzel Jaksch begegnete. Das Sudetenland ist alter traditionsreicher sozialdemokratischer Boden von der Zeit, als hier Ferdinand Lassalles agitatorischer Samen fruchtbarer Wurzelgrund fand und im ersten sozialdemokratischen Ortsverein auf österreichischem Boden - in Asch - aufging. Über die Zeit, als hier - während Deutschland schon unter dem Hakenkreuz stand und der Westen die Kompromisse der Kapitulation suchte - die letzten großen, trotzigsten sozialdemokratischen Arbeiteraufmärsche stattfanden, um für Freiheit und Demokratie zu manifestieren, bis heute, wo die sudetendeutschen Sozialdemokraten, aus ihrem Heimatboden gerissen, aber fest verankert in ihrer Gesinnung, in ihrer neuen deutschen Heimat ein unverwechselbares Element unseres Aufbaues geworden sind. Dabei ist es gut, daß sie unter dem Namen ihres begnadeten Volkstribuns Josef Seliger ihre landsmannschaftliche und gesinnungsgeprägte Zusammengehörigkeit aufrechterhalten, denn wir alle müssen verbunden bleiben dem geistigen Wurzelboden unserer Kraft.

Aufbruch aus den Gräben des Kalten Krieges

Welches sind die charakteristischen Merkmale der weltpolitischen Entwicklung unserer Epoche? Die Völker kommen aus den Gräben des Kalten Krieges hervor, zögernd und mißtrauisch, wie dies nicht anders möglich sein kann. Gebirge von Schuld und Verbrechen lasten auf ihrem Bewußtsein und ihrer Erinnerung. Und die Seelen und Körper vieler Menschen fast aller europäischer Völker tragen schmerzende Narben.

Als ich in der entscheidenden Phase der Vertragsdebatte mit Breschnew in Moskau sprach, verwies er auf die sowjetischen Men-

schen und ihre bedrückenden Erlebnisse in der Vergangenheit, die sich noch heute als psychologische Belastungen auswirken: Es gäbe Mitglieder des Obersten Sowjets, die bis zu zehn Angehörige verloren hätten. Ich habe auf dem Friedhof von Leningrad, wo 500.000 Leningrader, die in dem furchtbaren Belagerungswinter durch deutsche Waffennacht und Hungersnot gestorben sind, einen Kranz niedergelegt und dabei gesehen, wie Kinder einen kleinen Strauß Blumen auf dem grünen Hügel niederlegten. Es war ein Zeichen, wie die unheilvolle Zeit in der Erinnerung auch der heranwachsenden Generation lebendig bleibt.

Und wer einmal in Polen, wo die Politik Hitlers auf die Vernichtung der intellektuellen Elite gerichtet war, mit den wenigen Überlebenden ganzer Professorenfamilien gesprochen hat, weiß, was auch dort im Bewusstsein der Menschen lebendig geblieben ist.

Gegenseitig offen und aufrichtig

Aber ich habe auch z.B. beim Abschiedessen des Ministerrates der Föderation Sowjetischer Republiken die Erinnerung an das Hitlersche Unrecht neben die Erinnerung an das Stalinsche Unrecht gesetzt und an das Leid Millionen Deutscher erinnert, die unschuldig für die Schuld Hitler leiden mußten. Denn wir müssen gegenseitig offen und aufrichtig sein.

Und ich sage den Sowjets wie uns Deutschen - und hier vor allem vielen unter den Ideologen der Landsmannschaften:

Niemand hat das Recht, das Datum seiner Geschichtsschreibung selbst zu bestimmen und am liebsten dort zu beginnen, an dem Tage, an dem er ein das Unrecht selbst erfaßte.

Im gegenzügigen Prozeß von Terror und Terror nutzen nicht die gegenseitigen Schuldvorhaltungen, sondern gilt es, den gemeinsamen Ausweg aus dem Teufelskreis zu finden.

Die Einsicht der Völker wird mehr und mehr geprägt durch die Erkenntnis: Niemand kann den anderen mehr besiegen. Für die politischen Konflikte gibt es keine militärischen Lösungen.

So ist die Zeit reif geworden, die Pfeiler der Solidarität zum Westen durch die Pfeiler der Verständigung zum Osten zu ergänzen.

Wir müssen einander begreifen!

Westsolidarität und Westintegration, auch sie sind aus sozialdemokratischer Tradition gewachsen. Denken wir nur an das Jahr 1915, als die drohenden Folgen des Ersten Weltkrieges sich über Europa zusammenballten und als auf dem Internationalen Sozialdemokratischen Kongreß in Basel der große französische Sozialistenführer Jean Jaurès die Arbeiter der beiden Völker aufrief, nicht aufeinander zu schießen, sondern zu begreifen, daß die deutsch-französische Solidarität das Fundament eines geeinten Europa sein müsse. Das mindert nicht unser Verständnis für die an konservativen Prinzipien ausgerichteten Bemühungen von Adenauer, de Gasperi und Schumann.

Ich habe einen Unterschied gemacht, Freundschaft zum Westen und Verständigung zum Osten. Die Verständigung, das ist weniger als Freundschaft, und es wird angesichts der Hypothek der Vergangenheit eines langen Weges bedürfen, bis das, was die ältere Generation als Verständigung begründete, von der jüngeren morgen hoffentlich zu Freundschaft entwickelt werden kann.

Wir brauchen die Brücken nach beiden Seiten, wenn wir wirklich

Europa wollen. Denn Europa ist nicht nur Westeuropa oder Osteuropa. Europa kann auf die Dauer nicht bestehen als nur eine seiner Hälften. Wie zu Deutschland der Dom zu Köln und die Wartburg zu Eisenach, gehören zu Europa das Pantheon zu Paris, die Hofburg zu Wien, der Prado bei Madrid, der Hradschin zu Prag, der Big Ben von London, die Burg zu Budapest und die Peterskirche zu Rom. Die europäische Hauptstadt eines solchen wieder zusammengeführten ganzen Europas sollte nicht an dessen Rand liegen, sondern - wie ich es einmal im Europarat, vorgeschlagen habe und darin von manchen unterstützt worden bin - die an Tradition und Geographie geeignete Stadt Wien sein.

Für eine neue Zukunft leben

Die Völker dürfen nicht in der Vergangenheit und für die Vergangenheit, sondern in der wachen Erinnerung an die Vergangenheit für eine neue Zukunft leben und arbeiten, die eben nicht mehr die Vergangenheit sein kann. Niemand weiß besser als sudetendeutsche Sozialdemokraten, die noch das Buch Otto Bauers über die Nationalitätenfrage aus der Jahrhundertwende kennen, die um die zahlreichen Gedankenbeiträge für ein solidarisches Zusammenleben von unterschiedlichen Völkern in einem größeren Ganzen wissen, daß das entstehende Europa nicht aus den Nationalitäten-Kategorien und den Souveränitäts-Begriffen des 19. Jahrhunderts erbaut werden kann.

Die feindlichen Blöcke in Ost und West aufzulösen, den Kalten Krieg zu beenden, das Wettrüsten des Gleichgewichts des Schreckens abzubauen: Das ist ein Prozeß - nicht ein Ereignis!

Herr Barzel erhebt, wie ein Klageweib der antiken Tragödie, sein vom schnellen Öl gesalbes Wehgeschrei: Die Ostpolitik Willy Brandtschwäche die Politik des Westens, desselben Westens, der durch seine führenden Staatsmänner immer wieder erklärt, daß er mit der Ostpolitik Willy Brandts voll übereinstimmt.

Zwei Irrtümer und eine Hoffnung

In drei Phasen hat sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Westpolitik entwickelt.

Mit dem Jahre 1947 begann die "Eindämmungspolitik" der USA gegen die Sowjetunion. Territoriale Eroberungen der Sowjetunion und die damit verbundenen Schwierigkeiten einerseits nährten in Verbindung mit der Schwächung durch Kriegszerstörung und 20 Millionen Toten andererseits die Erwartung, sie durch einen "cordon sanitaire" zur Preisgabe ihrer Eroberungen und Unterwerfungen zwingen oder gar einen inneren Zusammenbruch herbeiführen zu können.

Das war der erste Irrtum.

Dieser Phase folgte die dynamische "Befreiungspolitik". Durch die Dullessche "roll back"-Politik sollte die Sowjetunion auf die Grenzen von 1939 zurückgedrängt werden. 1952 lautete Eisenhowers Wahlpropaganda daher: 17 Länder in Europa und Asien "befreien". Dementsprechend sprach Adenauer auf dem Bonner Marktplatz nicht mehr von Wiedervereinigung, sondern von "Befreiung".

Das war die Zeit, in der viele mit den Säbeln der anderen rasselten: "Politik der Stärke" ohne Krieg, aber mit Druck des Atomwaffenmonopols. Unter diesem Druck mußte Wiedervereinigung wie ein Akt kommunalpolitischer Eingemeindung erscheinen. Aber mittlerweile

avancierte auch die Sowjetunion zur Atommacht. Es begann das Gleichgewicht des Schreckens - das atomare Patt.

Das war der zweite Irrtum.

Von ihm sprach de Gaulle in seinen Memoiren: "Das war ein Traum", und Oppenheimer verglich die Situation mit zwei in einer Flasche eingeschlossenen Skorpionen, deren Kampf für beide tödlich enden muß.

Nun beginnt die Entwicklung, sich auf Entspannung zu orientieren, in der politischen Konflikte politische Lösungen verlangen. Die hunderte Milliarden für das Wetrüsten, die den Sowjets wie den Amerikanern gleichermaßen für soziale Infrastrukturmaßnahmen fehlen, erweisen sich immer deutlicher als widernatürlicher Irrsinn!

Kennedy forderte im Juni 1963 "Überprüfung der Haltung der USA zur Sowjetunion". Johnson formulierte im Dezember 1963 vor der UNO die "Strategie des Friedens": "Wir wissen, was wir wollen. Die USA wollen die Beendigung des Kalten Krieges, und zwar ein für allemal". So auch Nixon, der mit seiner Politik von der Konfrontation zur Kooperation übergang.

Und in diese Politik ist die Friedenspolitik Willy Brandts integriert; in ihr ist sie der notwendige deutsche Mosaikstein im Bilde westlicher Entspannungspolitik.

Zurzeit der CDU-geführten Bundesregierungen blieb die Bundesrepublik immer ein paar große Schritte hinter dieser historischen Entwicklung zurück. Ihre Politik blieb immer eine ideologische Nachgeburt der Politik der Stärke.

Friedenspolitik kann sich nur Schritt um Schritt entwickeln. Natürlich sind mit den Verträgen nicht alle Probleme gelöst. Natürlich bleibt zunächst noch die widernatürliche Mauer. Aber wir werden sie weder wegfluchen noch wegbeten können. Nur zähes Verhandeln in einer sich zäh verändernden Welt führt zum Erfolg. Natürlich wird noch mancher Teufel in manchem Detail stecken. Natürlich bleibt der tiefe grundsätzliche Gesinnungsgegensatz zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus.

Geduld zwischen Prag und Bonn

Geduld wird auch die Entwicklung der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen erfordern. Das Bewußtsein von der Notwendigkeit der Geduld und das Wissen darum, daß manchmal nach zwei Schritten vorwärts die Entwicklung wieder einen Schritt zurückgeworfen werden kann, ja, manchmal nach einem Schritt vorwärts zwei Schritte zurück folgen, läßt uns jedoch den Optimismus nicht verlieren, daß auch im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakei die für beide Seiten tragbare vertragliche Lösung gefunden werden wird.

Zwischen März 1971 und Juni 1972 haben fünf deutsch-tschechoslowakische Sondierungsgespräche stattgefunden. In deren Mittelpunkt stand die rechtliche Behandlung des Münchner Abkommens von 1938, das aus dem Ungeist faschistischer Aggression und aus der Kapitulation des Westens vor diesem Ungeist entstanden, eher die Auferlegung eines Diktats als die Abschließung eines Abkommens war.

(Fortsetzung 21. Juli 1972)